

Prolog

Anlass für das vorliegende Buch, dessen Idee auf den Beginn des Jahres 1995 zurückgeht, war die vielen Beobachtern gemeinsame Verwirrung angesichts einer sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituation, die sich für immer mehr Menschen verschlechterte, während gleichzeitig ein völlig neuartiger Kapitalismus immer weitere Kreise zog. Diese Verwunderung wurde noch verstärkt durch den Zustand der Sozialkritik, der gegenüber sich die Soziologie als verwandte Wissenschaft nur selten gleichgültig verhält und die verglichen mit dem zurückliegenden Jahrhundert noch nie so hilflos gewirkt hatte wie in den letzten fünfzehn Jahren. Das lag daran, dass sie entweder ihrer Empörung Luft machte, ohne parallel dazu Alternativvorschläge zu unterbreiten, oder – wie es zumeist geschah – schlicht und einfach darauf verzichtete, eine Situation zu kritisieren, die sie fast schicksalsergeben hinzunehmen schien, obwohl ihr die Problematik doch beim besten Willen nicht entgehen konnte.

In vielerlei Hinsicht erleben wir heute eine Situation, die sich seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in ihr Gegenteil verkehrt hat. Damals litt der Kapitalismus unter einem Wachstums- und Rentabilitätsrückgang, der zumindest aus einer regulationistischen Perspektive mit einer Verlangsamung der Produktivitätsgewinne als Folge stetig und in unverändertem Tempo steigender Reallöhne zusammenhing.¹ Die Kritik stand demgegenüber in ihrem Zenit, wie die Ereignisse von 1968 belegen, als eine Sozialkritik klassisch-marxistischer Prägung und Forderungen ganz anderer Art nach Kreativität, Freude und Kraft der Phantasie, nach einer Emanzipation in allen Lebensbereichen und der Zerstörung der »Konsumgesellschaft« einen Schulterchluss vollzogen. Das makroökonomische Umfeld bestand in einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung, die, wie aus den Kreisen der Führungseliten verlautete, »fortschrittsorientiert« sei, in der die Menschen die Hoffnung auf ein besseres Leben für ihre Kinder hegten und in der auf der Grundlage der Kritik an den ungleichen Bildungschancen der Anspruch auf einen für alle möglichen sozialen Aufstieg über ein demokratisiertes, republikanisches Schulsystem wuchs.

Die Fragen, von denen das vorliegende Buch ausgeht, basieren ursprünglich darauf, dass sich die Situation nahezu in ihr komplettes Gegenteil verkehrt und die Kritik dieser Entwicklung alles in allem nur schwachen Widerstand entgegengesetzt hat. Über die neutralisierende Wirkung einer Linksregierung auf die Kritik hinaus² wollten wir uns ein genaueres Bild davon verschaffen, weshalb die Kritik auf diese Situation nicht reagiert hat, wieso sie unfähig war, die laufende Entwicklung zu begreifen, weshalb sie gegen Ende

der 70er Jahre plötzlich von der Bildfläche verschwand und einem Kapitalismus, der sich neu formierte, fast zwei Jahrzehnte lang das Feld überlassen und sich bestenfalls auf die zwar notwendige, allerdings wenig glorreiche Aufgabe der Dokumentation der wachsenden Schwierigkeiten des Sozialkörpers beschränkt hat. Wir wollten verstehen, wie es kommen konnte, dass sich viele »68er« in der neu entstehenden Gesellschaft in einer Art und Weise wohl fühlten, dass sie diese sogar verteidigten und diesen Umbau förderten.

Bevor wir jedoch zu unseren Antworten auf diese Fragen kommen, wird es sich als nützlich erweisen, in diesem Vorwort mit Hilfe makroökonomischer und statistischer Indikatoren in groben Zügen ein Bild des – gelinde gesagt – kontrastreichen Kontextes zu zeichnen, der den Hintergrund für unsere Analysen und darüber hinaus auch für die Verwunderung (um nicht zu sagen Bestürzung) bildet, die vier Jahre lang unsere Arbeit stimuliert hat.

Ein wiedererstarkter Kapitalismus und eine zunehmend prekäre soziale Lage

Einer »Krisenrhetorik« zum Trotz, die seit 1973, allerdings in unterschiedlichen Zusammenhängen, häufig beschworen wird, vertreten wir den Standpunkt, dass der Kapitalismus in den letzten zwanzig Jahren in voller Blüte stand. Dem Kapital boten sich in diesem Zeitabschnitt zahlreiche Investitionsmöglichkeiten mit Profitraten, die oftmals über denen aus zurückliegenden Epochen lagen. Dieser Zeitraum war günstig für all jene, die über Ersparnisse (Kapital) verfügten. Die Kapitalerträge, die in den 30er Jahren, während der großen Depression, verschwunden waren und in den darauf folgenden Jahrzehnten inflationsbedingt verlorenen Boden nicht wiedergutmachen konnten, hatten sich erholt.

Zwar hat sich das Wachstum nachhaltig verlangsamt.³ Die Kapitalgewinne jedoch sind im Steigen begriffen. Die Gewinnmargen⁴ körperschaftlicher Unternehmen, die in den 60er und 70er Jahren (1959-1973: -2,9%; 1973-1981: -7,8%) stark geschrumpft waren, erholten sich in den 80er Jahren (1981-1989: +10%) und sind seitdem stabil geblieben (1989-1995: -0,1%). Von 1984 bis 1994 wuchs das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 23,3%. Die Sozialabgaben stiegen in demselben Maße (+24,3%), nicht jedoch die Gehälter (+9,5%). In diesem zehn Jahre umfassenden Zeitabschnitt stiegen die Einnahmen aus Eigenbesitz (Mieten, Dividenden, Anlagegewinne) um 61,1%, die nicht ausgeschütteten Profite⁵ um 178,9%. Taddei/Coriat (1993) haben die Entwicklung der unternehmerischen Gewinnmargen nachgezeichnet und herausgestellt, dass die Steuerbelastung der Gesellschaften (1988 von 50% auf 43% und 1992 auf 34%, bei einem Wiederan-

stieg auf 47% im Jahre 1997) tendenziell fällt und die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber seit 1987 stagnieren. Sie zeigen, dass Frankreich Anfang der 90er Jahre im Vergleich zu den frühen 80er Jahren eine stark ansteigende Kapitalertragsrate aufweist. Den beiden Autoren zufolge hat sich die Finanzlage der französischen Unternehmen sowohl infolge einer geringeren Steuerbelastung als auch aufgrund einer deutlich arbeitgeberfreundlicheren Lohn-Profit-Verteilung weitgehend entspannt.

Gleichzeitig wurde den Finanzdienstleistern »eine Handlungsfreiheit zugestanden, wie sie sie seit 1929 und manchmal sogar seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr besessen hatten« (Chesnais 1994: 15). Durch die Deregulierung und Öffnung der Finanzmärkte, die Abschaffung von Mittlerinstanzen und die Schaffung »neuer Finanzprodukte« sind vielfältige Möglichkeiten zu reinen Spekulationsgewinnen entstanden, durch die sich das Kapital vermehrt, ohne dass es im Produktivsektor angelegt werden müsste. Die so genannten »Krisenjahre« prägt also der Umstand, dass die Kapitalrentabilität nunmehr besser über Finanzspekulationen als über Industrieinvestitionen gesichert ist, die dazu noch unter hohen Zinssätzen leiden. Manche Finanzdienstleister, wie z.B. die Pensionsfonds, haben deutlich an Bedeutung gewonnen. Sie waren zwar schon lange beständige Inhaber von Wertpapierpaketen. Erst durch die Transformationen der Finanzmärkte wurde man jedoch auf ihre beträchtlichen Finanzmittel aufmerksam. Diese Transformationen führten auch dazu, dass sie ihr Verhalten änderten und sich an dem »Modell des reinen Finanzgewinns« (Chesnais 1994: 222) orientierten. In den Händen der Investmentgesellschaften (SICAV), der Versicherungsgesellschaften und der Pensionsfonds konzentriert sich eine solche Geldmenge, dass ihre Kapazitäten zu einer für sie günstigen Marktbeeinflussung nachweisbar sind.⁶ Diese Entwicklung in der Finanzwelt ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der börsennotierten Unternehmen, die denselben Rentabilitätszwängen von Seiten der Finanzmärkte unterliegen und die ihrerseits einen wachsenden Anteil ihrer Gewinne über reine Finanztransaktionen erzielen. Zwischen 1983 und 1993 ist die Aktienkapitalisierung an der Pariser Börse von 225 auf 2.700 Milliarden Francs gestiegen und die Obligationskapitalisierung von 1.000 auf 3.900 Milliarden Francs (Fremaux 1995).

Auch die multinationalen Unternehmen gehören in diesen Jahren eines wiedererstarkenden globalen Kapitalismus zu den Gewinnern. Dass die Weltwirtschaft seit fast 30 Jahren ins Stocken geraten ist, hat sie im Grunde nicht weiter getroffen. Ihr Anteil an dem Bruttosozialprodukt weltweit, das ebenfalls im Steigen begriffen ist, hat von 17% Mitte der 60er Jahre auf mehr als 30% im Jahre 1995 kontinuierlich zugenommen (Clairmont 1997). Man geht davon aus, dass sie zwei Drittel des internationalen Handels beherrschen, von dem rund die Hälfte aus konzerninternen Exporten⁷ zwischen Stamm-

unternehmen und Filialen bzw. zwischen zwei Filialen eines Konzerns besteht. Ihr Anteil an den Ausgaben im Bereich »Forschung und Entwicklung« dürfte noch höher liegen. Seit zehn Jahren wird ihre Entwicklung durch eine Fusions- und Übernahmepolitik in der ganzen Welt gesichert, die den Konzentrationsprozess und die Bildung von globalen Oligopolen noch beschleunigt. Seit den 80er Jahren ist eines der auffälligsten Phänomene der Anstieg der Direktinvestitionen im Ausland, die sich vom internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch insofern unterscheiden, als hier eine Übertragung von Eigentumsrechten und eine lokale Machtübernahme erfolgt. Obwohl der Einfluss der Multis ein ganz zentrales Wirtschaftsphänomen darstellt, fehlt es fast gänzlich an Untersuchungen dazu. Das Zentrum zur Erforschung transnationaler Gesellschaften der Vereinten Nationen (UNCTNC) wurde Anfang 1993 auf Antrag der Vereinigten Staaten aufgelöst. Ein Teil der Mitarbeiter wurde nach Genf an das UNCTAD versetzt, wo ein stark reduziertes Arbeitsprogramm fortgesetzt wurde (Chesnais 1994: 53). Während zwischen 200 und 500 Firmen, die in etwa der jährlichen Firmenliste des Magazins *Fortune* entsprechen, die Weltwirtschaft dominieren, wurde die den Forschern aufgezwungene Definition eines multinationalen Konzerns unablässig aufgeweicht. So verschwindet die Handvoll übermächtiger Konzerne, die von der Krise verschont geblieben waren, in einem Meer von Unternehmen.⁸

Die Neuordnung des Kapitalismus in den letzten beiden Jahrzehnten, die um die Finanzmärkte und eine Fusions- und Übernahmepolitik herum im Kontext einer günstigen Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik von Seiten der Regierungen erfolgte, ging darüber hinaus Hand in Hand mit einem starken Anreiz zur Flexibilisierung der Arbeit. Die Möglichkeiten zu zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen, zum Einsatz von Leiharbeitern, zu flexiblen Arbeitszeiten sowie die geringeren Entlassungskosten haben in allen OECD-Ländern zugenommen. Sie nagten nach und nach an den sozialen Netzen, die in einem hundert Jahre alten Kampf erstritten worden waren. Parallel dazu ermöglichten die neuen Kommunikationstechnologien – und in erster Linie die Computertechnologie – ein unmittelbares und erdumspannendes Auftragsmanagement, was zu einer ungeahnten globalen Reaktivität geführt hat. Unter diesem Einfluss veränderte sich das gesamte Managementmodell des Großunternehmens, und eine neue Art der Profiterwirtschaftung entstand.

Der globale Kapitalismus floriert, zumindest wenn man darunter die Möglichkeit versteht, sein Kapital durch wirtschaftliche Investition und Anlage zu mehren. Mit den Gesellschaften jedoch, um die uns seit einem Jahrhundert vertraute Trennung zwischen Gesellschaftlichem und Wirtschaftlichem wieder aufzugreifen,⁹ ist es nicht zum Besten bestellt. Hier ist die Faktenlage, vor allem, was die Arbeitslosenrate betrifft, besser bekannt: Diese betrug im Jahre 1973 3% der Erwerbsbevölkerung, 1979 6,5% und gegenwärtig rund

12%. Im Februar 1998 zählte man etwas mehr als 3 Millionen Arbeitslose nach den Kriterien der ersten Arbeitslosenkategorie der französischen Anstalt für Arbeit,¹⁰ die bei weitem nicht alle Erwerbslosen, die bei den Arbeitsämtern vorstellig werden, in ihre Statistik aufnimmt. Sie umfasst weder Arbeitslose, die altersbedingt von der Arbeitsuche entbunden sind, noch frühverrentete, in einer Umschulung befindliche Arbeitnehmer oder staatlich subventionierte Arbeitsplätze. Insofern ist die Zahl der Beschäftigungslosen für das Jahr 1995 eher auf 5 Millionen zu schätzen¹¹ gegenüber 2,45 Millionen im Jahre 1981 (Cerc-association 1997a). Alles in allem ist die Situation in den anderen europäischen Ländern nicht besser.¹² Die Vereinigten Staaten haben zwar eine geringere Arbeitslosenrate. Während die Kaufkraft der Arbeitnehmer in Frankreich jedoch in etwa stabil geblieben ist, ist sie in den USA deutlich geschrumpft. Zwischen 1973 und dem ersten Halbjahr 1995 ist das Bruttoinlandsprodukt per capita in den Vereinigten Staaten um 36% gestiegen, der Stundenlohn der Arbeitnehmer in nicht-leitender Anstellung, die die Mehrheit der Beschäftigungsverhältnisse ausmachen, ist dagegen um 14% gesunken. Im ausgehenden 20. Jahrhundert ist das Realeinkommen der Arbeitnehmer in nicht-leitender Anstellung in den Vereinigten Staaten auf das Niveau von vor 50 Jahren zurückgegangen, während sich das Bruttoinlandsprodukt in demselben Zeitraum mehr als verdoppelt hat (Thurow 1996). In allen OECD-Ländern beobachtet man eine Angleichung der Gehälter an untere Lohnstandards. In Ländern wie Frankreich, in denen die Politiker versucht haben, die Kaufkraft der unteren Gehaltsklassen zu stützen, sind die Arbeitslosenzahlen stetig gestiegen. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen betrifft dabei vor allem die Arbeitslosen und die kontinuierlich wachsende Zahl der Teilzeitarbeiter (1995: 15,6% der Erwerbsbevölkerung gegenüber 1992: 12,7% und 1982: 9,2%), von denen 40% gerne mehr arbeiten würden. Auch das Beschäftigungsverhältnis derjenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen, ist unsicherer geworden. Die Zahl der »atypischen Beschäftigungsverhältnisse« (befristete Anstellung, Lehrlinge, Zeitarbeiter, bezahlte Praktikanten, staatlich subventionierte Arbeitsplätze, u.a. im öffentlichen Dienst) hat sich zwischen 1985 und 1995 verdoppelt.¹³

Während die Zahl der Haushalte, die unterhalb der Armutsgrenze leben,¹⁴ (von 10,4% aller Haushalte im Jahre 1984 auf 9,9% im Jahre 1994) zurückgegangen ist, hat sich die Zusammensetzung der betroffenen Bevölkerungsgruppen ebenfalls verändert. Die Armut trifft immer seltener ältere Personen und immer häufiger Personen in erwerbsfähigem Alter. Die Entwicklung der Bevölkerungsgruppen, die ihren Lebensunterhalt aus staatlichen Sozialleistungen beziehen, (Cerc-association 1997b) bietet ein zuverlässiges Bild, wie sich die Konturen der unter Armut leidenden Bevölkerungsgruppen verändert haben. Von den späten 70er Jahren bis Ende 1995 sind sie von 3 Millionen

(d.h. 2,3 Millionen Haushalten) auf 6 Millionen Menschen (sprich 3,3 Millionen Haushalte) angewachsen. Pro Haushalt ist die durchschnittliche Zahl der Anspruchsberechtigten nach und nach von 1,3 auf 1,8 gestiegen, und auch der Anteil von Ehepaaren und Familien hat zugenommen. Dabei ist dieser Anstieg größtenteils auf die Mindestleistungen für Arbeitslose (spezifische Arbeitslosenbezüge) und auf das Wiedereingliederungsgeld RMI¹⁵ zurückzuführen. Demgegenüber ist die Zahl derjenigen, die Anspruch auf altersbedingte Mindestleistungen haben, zwischen 1984 und 1994 infolge der Verrentung von Altersklassen, die ihr ganzes Erwerbsleben Beiträge entrichtet haben, um die Hälfte zurückgegangen. Allerdings sollte dabei nicht vergessen werden, dass die Finanzleistungen mit dem Anstieg der Anspruchsberechtigten nicht Schritt halten konnten: 1995 wird ihnen genau wie 1982 1% des Bruttoinlandsproduktes zugewilligt (während zwischen 1970 und 1982 ein Anstieg von 0,3 auf 1% zu verzeichnen war). Gemessen an den Ausgaben für die Sozialversicherung liegt der Anteil, der für die Mindestleistungen aufgebracht wird, 1995 sogar unter dem des Jahres 1982.¹⁶

All diese Entwicklungen – Verarmungserscheinungen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, stetiger Anstieg der Arbeitslosenzahlen, zunehmend unsichere Beschäftigungsverhältnisse und gleich bleibendes Einkommensniveau – bei gleichzeitig wachsenden Anlagegewinnen, die nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kommen, führen dazu, dass die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung in Frankreich seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre neuerlich zugenommen haben, während diese Entwicklung in den anderen Ländern schon früher eingesetzt hatte.¹⁷

Zu diesen Umwälzungen der wirtschaftlichen Lage der Haushalte kamen noch Schwierigkeiten hinzu, die in einigen Vororten von Ballungszentren besonders konzentriert auftreten (Ghettoisierung, Entstehung faktisch rechtsfreier, mafios durchsetzter Räume, zunehmende Gewaltbereitschaft bei immer jüngeren Kindern, Integrationsschwierigkeiten von Ausländern der zweiten Generation), sowie nicht zu übersehende und im Alltagsleben der großstädtischen Bevölkerung auffällige Phänomene, wie z.B. die Zunahme an Bettlern und immer mehr, häufig junge Obdachlose¹⁸, die nicht selten über ein Ausbildungsniveau verfügen, das ihnen eigentlich den Weg zu einem Arbeitsplatz ebnen sollte. Diese plötzlich öffentlich sichtbar gewordene Armut spielt eine wichtige Rolle für die Alltagsvorstellungen der französischen Gesellschaft. Obwohl diese Extremsituationen derzeit nur einen relativ geringen Personenkreis unmittelbar betreffen, verstärken sie das Gefühl der Unsicherheit bei all jenen (d.h. im Grunde bei einem Großteil der Erwerbspersonen), die den Eindruck haben, dass sie entweder persönlich oder aber dass einer ihrer Angehörigen, in erster Linie der Ehepartner oder die Kinder, von einem Arbeitsplatzverlust bedroht sind.

Auch die Familie erfuhr in diesen Jahren der sozialen Regression eine Entwicklung, deren Auswirkungen noch lange nicht vollständig erfasst worden sind (Sullerot 1997). Sie hat sich zu einer viel wechselhafteren und anfälligeren Institution entwickelt, die neben den prekären Beschäftigungsverhältnissen und dem Gefühl der Unsicherheit zusätzlich für Instabilität sorgt.¹⁹ Auch wenn in den Unternehmen das Streben nach größtmöglicher Flexibilität mit dem Wertverlust der Familie als Faktor zeitlich-geographischer Gebundenheit zusammenfällt und, wie noch zu zeigen sein wird, verwandte ideologische Muster bemüht werden, um die Anpassungsfähigkeit am Arbeitsplatz und ein flexibleres Gefühlsleben zu rechtfertigen, verlaufen diese Prozesse zum Teil unabhängig von der Entwicklung des Kapitalismus. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die Veränderungen im Wirtschafts- und Privatleben einander in einer Art und Weise entsprechen, dass die Familienwelt immer weniger als ein Sicherungsnetz zu fungieren scheint, das den Kindern eine ähnliche Stellung garantiert, wie sie die Eltern innehatten. Gleichzeitig ist aber auch die Schule, die seit den 60er Jahren massiv mit der Reproduktionsaufgabe betraut worden war, nicht dazu in der Lage, die in sie gesteckten Erwartungen zu erfüllen.

Die Gefährdung des Gesellschaftsmodells der Nachkriegszeit und die ideologische Orientierungslosigkeit

Diese Veränderungen stellen eine Gefahr dar für den Kompromiss, der in den Nachkriegsjahren um das Thema der aufsteigenden »Mittelschicht« und der *cadres*, der leitenden Angestellten, herum geschlossen worden war und der die Sorgen des Kleinbürgertums hatte beschwichtigen können. Die Kleinunternehmer und Selbstständigen, die während des Krisenjahres 1929 verarmt oder gar in den Ruin getrieben worden waren, und die von der Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer in mittlerer Anstellung fürchteten sich als Mitglieder der sozialen Mittelschicht vor der kommunistischen Bedrohung, die in der Streikbewegung 1936 greifbar geworden war. Und nicht selten sahen diese Bevölkerungsteile in der zweite Hälfte der 30er Jahre im Faschismus den einzigen Schutzwall gegen einen überzogenen Liberalismus. Als der Staat nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend an Bedeutung gewann und sich das Großunternehmen herausbildete, bot sich ihnen neuerlich die Möglichkeit zu einem »bürgerlichen« Lebensstil, was sich mit dem wachsenden Anteil der abhängig Beschäftigten in der Wirtschaft vereinbaren ließ.

Bekanntlich war bis etwa Mitte der Zwischenkriegszeit das Einkommen aus einer Arbeitstätigkeit selten die einzige oder auch nur hauptsächliche Geldquelle der Angehörigen der Bourgeoisie, die nebenbei noch über be-

trächtliche Besitzeinkünfte verfügten. Zudem wurde das Geld, das sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder eines Unternehmens bezogen, nicht als »Lohn« angesehen, da die Begriffe »Lohn« und »Lohnempfänger« faktisch den Arbeitern vorbehalten waren. Dieses Vermögen, das sich vor allem aus Immobilienbesitz, dazu allerdings in der Zwischenkriegszeit auch zunehmend aus mobilen Wertpapieren (Rentenpapiere, Obligationen) speiste, schmolz nach und nach zusammen, als in den 20er Jahren zuerst das Geld abgewertet wurde und es dann in den 30er Jahren zur Krise kam. Die Ingenieure und mit ihnen immer weitere Kreise der Bourgeoisie traten in ein angestelltes Beschäftigungsverhältnis ein. Das bedeutete für sie zuallererst einen erheblich niedrigeren Lebensstandard, bis in den Nachkriegsjahren eine neuartige Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen vorgenommen wurde. Dies führte zu einem neuen Lebensstil in den gehobenen Berufskategorien, die sich nun auf ein neuartiges, nicht länger eigentumbasiertes, sondern soziales Sicherungssystem stützen können: Rentenanspruch der leitenden Angestellten, wachsende Bedeutung des Ausbildungsabschlusses bei der Bestimmung von Gehalt und Karriereweg, vom Lebensalter abhängige Einkommensentwicklung (was die Kreditwürdigkeit erleichtert), soziales Sicherungssystem auf der Basis solidarischer Umlagesysteme, Stabilität der Gehälter aufgrund eines automatischen Inflationsausgleichs, eine Art Arbeitsplatzgarantie in den Großunternehmen, die ihren leitenden Angestellten geplante Karrierewege sichern und Sozialleistungen bieten (Kantine, Einkaufsgenossenschaften, Ferienlager, Sportvereine) (Boltanski 1982: 113-120). Auf diese Weise entstand – diesmal innerhalb des beschäftigten Angestelltenverhältnisses – neuerlich die Möglichkeit zu einem »bürgerlichen« Lebensstil.

Die unteren Bevölkerungsschichten profitierten zwar nicht in demselben Maße von diesen Möglichkeiten, obwohl sie eigentlich dazu gedacht waren, ihre Teilnahme an der Konsumgesellschaft zu stärken, sie besser in den Wirtschaftskreislauf zu integrieren und sie zudem vom Kommunismus fernzuhalten. Gleichwohl stieg in diesem Zeitraum ihre Kaufkraft kontinuierlich, und vor allem von den 60er Jahren an verbesserten sich auch die Chancen ihrer Kinder auf eine schulische Ausbildung in der Sekundarstufe.

Mit dem Schulabschluss, den Karrieremöglichkeiten und der Rente wurden in den letzten zwanzig Jahren Kernelemente dieses Kompromisses in Frage gestellt. Die Auswirkungen dieser Veränderungen wurden natürlich bedauert, änderten allerdings im Grunde nichts an der Gewissheit der Führungseliten, dass sie das Ergebnis einer unausweichlichen Entwicklung seien, solange sie in den unteren Bevölkerungsschichten nur die Schwächsten – Frauen, Einwanderer, Behinderte oder Schulabgänger – trafen (die »Modernisierungsverlierer« in den 70er Jahren und in den 80er Jahren diejenigen Individuen, die unfähig waren, sich an den verschärften internationalen Wettbewerb »anzu-

passen«).²⁰ Erst als im Laufe der 90er Jahre die Bourgeoisie selbst getroffen wurde, wurde diese Entwicklung als Besorgnis erregend empfunden.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Fachkräften und leitenden Angestellten ist unbestreitbar, auch wenn diese sich natürlich in ganz anderen Dimensionen bewegt als die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den weniger Privilegierten. Selbst wenn die Unternehmen ihren besonders vielversprechenden Mitarbeitern immer noch Karriereperspektiven bieten, hüten sie sich davor, eine langfristige Garantie zu geben. Die Arbeitslosigkeit und die Frühverrentung der Erwerbspersonen unter 55, die eines der Hauptmerkmale der Arbeitslosigkeit in Frankreich darstellen, sind ein Beleg dafür. Die Garantien einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die natürlich immer noch eine gute Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit darstellt, gerieten ebenfalls in die Schusslinie, weil Berufseinsteiger bei gleicher Qualifikation zumeist weniger hochrangige Arbeitsstellen besetzen als ältere Arbeitnehmer zu Anfang ihrer Karriere. Außerdem bekommen sie, wie es inzwischen für den Einstieg der jungen Generationen ins Berufsleben charakteristisch ist, diese Arbeitsplätze erst nach mehreren geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Zur Angst um den Arbeitsplatz kommt jetzt noch die Sorge um die Höhe der Rente, die man später beziehen wird.

Seit dem 19. Jahrhundert bildete die Hoffnung auf Lebensbedingungen, wie sie die Bourgeoisie vorlebte, einen der mächtigsten Anreize, der den übrigen Klassen ihre Mühsal erträglich erscheinen ließ. Der demoralisierende Effekt der neuen Ordnung der Dinge, wie er medial durch Reportagen, Romane, Filme, Fernsehserien verstärkt wird, macht sich allgemein bemerkbar. Die wachsende Skepsis, ob die kapitalistischen Institutionen – die internationalen Organisationen wie die OECD, der IWF oder die Weltbank genauso wie die Multis oder die Finanzmärkte – überhaupt noch dazu in der Lage sind, für die Generationen, die gegenwärtig die Schulbank drücken, das Wohlstandsniveau und ganz allgemein den Lebensstil ihrer Eltern aufrechtzuerhalten, ist eines der unmissverständlichsten Zeichen dafür. Gleichzeitig entstand besonders in den letzten drei Jahrzehnten eine wachsende gesellschaftliche Nachfrage nach einem kritischen Denken, das dieser diffusen Unruhe Gestalt verleiht und das zumindest ein besseres Verständnis und im Idealfall einen Anstoß zum Handeln, d.h. in diesem Fall: eine Hoffnung bieten sollte.

Nun kommt man allerdings nicht um die Einsicht herum, dass der Fortschrittsglaube, der seit dem frühen 19. Jahrhundert in variabler Gestalt mit dem Kapitalismus assoziiert wurde und der seit den 50er Jahren das Credo der Mittelschicht unabhängig von ihrer linken oder bürgerlichen Grundtendenz dargestellt hatte, keinen Ersatz gefunden hat – sieht man einmal von einem Verweis auf die »unerbittlichen Wirtschaftsgesetze« ab, der nur bedingt Begeisterung weckt und schnell als »Einheitsdenken« gebrandmarkt wurde. Zu-

gleich waren die alten kritischen Antisystemideologien, wie es bei Immanuel Wallerstein heißt, mit ihrer Funktion der Destabilisierung der kapitalistischen Ordnung gescheitert. Sie erschienen nicht länger als Träger glaubwürdiger Alternativen.

Die ideologische Orientierungslosigkeit ist somit eines der offensichtlichsten Merkmale der letzten Jahrzehnte, in deren Verlauf sich die Vorstellungen des sozioökonomischen Nachkriegskompromisses aufgelöst haben. Es gab kein kritisches Denken, das im Stande gewesen wäre, diese laufenden Veränderungen zu begleiten. Das lag, wie später noch deutlicher ausgeführt werden wird, zum Teil daran, dass die einzigen mobilisierbaren kritischen Ressourcen auf die Kritik an jenem Gesellschaftstypus geeicht waren, der Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre seinen Höhepunkt erreicht hat, unmittelbar bevor der große Wandlungsprozess einsetzt, dessen Folgeerscheinungen sich heute mit aller Wucht bemerkbar machen. Die verfügbaren kritischen Modelle bieten gegenwärtig keine tragfähige Alternative. Es bleibt nur die unreflektierte Empörung, die humanitäre Arbeit, das fernsehgerecht aufbereitete Leid und – vor allem seit der Streikbewegung vom Dezember 1995 – Hilfsaktionen für eine spezifische Sache (Wohnungsnot, illegale Einwanderer usw.), denen es noch zu sehr an klareren Ideen, erneuerten Analysemodellen und einer Sozialutopie mangelt, um einen größeren Zulauf zu bekommen.

Auch wenn der Kapitalismus daraus kurzfristig gestärkt hervorgeht, weil er seine Kräfte freisetzen und in kurzer Zeit einen Teil der Zwänge abschütteln konnte, die ihn im Lauf des letzten Jahrhunderts begrenzt hatten, könnte diese Entwicklung ihn doch auch an den Rand einer jener potenziell tödlichen Krisen führen, mit denen er schon früher konfrontiert war. Es gibt keine Gewissheit, dass aus dieser Krise auch dieses Mal – und um welchen Preis? – eine »bessere Welt« entsteht, wie es in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg für die Industrieländer der Fall gewesen war. Selbst wenn man von den systemischen Effekten eines unbegrenzten Kontrollabbaus der Finanzsphäre einmal absieht, die mittlerweile auch die Entscheidungsträger in den kapitalistischen Institutionen unruhig werden lassen, so ist unserer Ansicht nach unstrittig, dass der Kapitalismus in ideologischer Hinsicht – dem Schwerpunktthema der vorliegenden Arbeit – vermehrt auf Schwierigkeiten stoßen dürfte, solange er nicht all jenen, deren Einsatz für ein funktionierendes Gesamtsystem notwendig ist, wieder Anlass zur Hoffnung gibt. In den Nachkriegsjahren hatte sich der Kapitalismus wandeln müssen, um auf die Sorge und die Stärke der Forderungen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Generationen zu reagieren, deren Hoffnungen enttäuscht worden waren, (ob nun durch Sparguthaben oder den Rückgang der Fertilität)²¹ gesellschaftlich aufzusteigen bzw. die errungene Vorteile zu bewahren. Es ist eine Binsenweisheit, dass ein soziales System bedroht ist, wenn es ihm nicht länger gelingt, die

Klassen, denen es eigentlich dienen sollte (d.h. im Fall des Kapitalismus die Bourgeoisie), zufrieden zu stellen. Dabei spielen die Gründe, weshalb es versagt und die sich der Beeinflussung durch die Akteure entziehen, die die Macht innehaben oder innezuhaben glauben, im Grunde keine Rolle.

*

Als wir dieses Buch geschrieben haben, ging es uns weniger darum, Lösungsvorschläge zu unterbreiten, um die schockierendsten Züge der gegenwärtigen Arbeitssituation zu mildern. Ebensovienig wollten wir unsere Stimme im Konzert der öffentlichen Kritik erheben, auch wenn es sich bei all dem natürlich um wichtige Aufgaben handelt. Vielmehr wollten wir verstehen, weshalb die Kritik im Laufe der letzten fünfzehn Jahre so schwach geworden ist und weshalb gegenwärtig ein Fatalismus vorherrscht, der die jüngsten Veränderungen entweder als unaufhaltsame, langfristig jedoch positive Mutationen darstellt oder als das Ergebnis von Systemzwängen mit immer desaströseren Folgen, ohne dass sich eine Trendwende absehen lasse.

Die politischen Instanzen aus dem linken wie aus dem bürgerlichen Lager und die Gewerkschaften und Intellektuellen, zu deren Aufgaben es eigentlich gehört, die Wirtschaftsprozesse so zu beeinflussen, dass den Menschen die Voraussetzungen für ein angenehmes Leben gegeben werden, sind der Frage nicht auf den Grund gegangen, weshalb sie ein in humaner Hinsicht derart kostspieliges Wiedererstarken des Kapitalismus nicht verhindern konnten. Oftmals haben sie diese Entwicklung sogar bewusst oder unbewusst selbst befördert. Folglich hatten sie keine andere Wahl, als zwischen zwei, unseres Erachtens unbefriedigenden Positionen zu wählen: zwischen der Utopie einer Rückkehr in eine idealisierte Vergangenheit (Verstaatlichungen, eine nur in Ansätzen internationale Volkswirtschaft, ein soziales Umverteilungssystem, staatliche Planung, mächtige Gewerkschaften), und einem oft begeisterten Erstaunen angesichts der technologischen, ökonomischen und sozialen Transformationen (die Frankreich zur Welt hin öffnen, die zu einer liberaleren und toleranteren Gesellschaft führen, die die Selbstverwirklichungsmöglichkeiten der Menschen potenzieren und die die Grenzen der Lebensbedingungen immer weiter verschieben). Mit keiner dieser beiden Positionen kann man sich allerdings wirklich gegen die Schädigungen zur Wehr setzen, die von den neuen Formen der Wirtschaftsaktivitäten ausgegangen sind. Die erste Position erkennt, was den Neokapitalismus für viele Menschen so attraktiv macht, und unterschätzt, wie tief der vollzogene Bruch ist. Die zweite verharmlost hingegen die zerstörerischen Nebeneffekte. Auch wenn sie gegeneinander polemisieren, geht doch von beiden ein Gefühl der Ohnmacht aus. Dadurch, dass sie eine dominante Problematik aufzwingen (Kritik am Neoliberalismus

versus eine insgesamt positive Bilanz der Globalisierung) verengen sie das Möglichkeitsspektrum.

Ohne einer Flucht in eine nostalgische Vergangenheitverklärung das Wort zu reden, wollten wir die Widerstandsfähigkeit gegen den Fatalismus stärken und bei dem Leser eine andere *Grundhaltung* bewirken. Wir wollten ihm dabei helfen, die Probleme unserer Zeit anders, unter einem anderen Blickwinkel, d.h. als beeinflussbare Prozesse zu betrachten. Dazu schien es uns nützlich, die black box der letzten dreißig Jahre zu öffnen, um zu sehen, wie Menschen Geschichte machen. Die Geschichtswissenschaft zieht in der Tat mit der Kritik an einem Strang, insofern sie das Instrument par excellence zur Denaturalisierung des Gesellschaftlichen darstellt. Sie kehrt nämlich zu dem Augenblick zurück, an dem Richtungsentscheidungen getroffen werden, und zeigt, dass sie auch anders hätten ausfallen können.

Einerseits wollten wir eine singuläre historische Situation beschreiben, in der der Kapitalismus sich aus einer Reihe von Zwängen befreien konnte, die mit seinem älteren Akkumulationsmodus und mit den dazugehörigen Gerechtigkeitsforderungen verbunden waren. Andererseits haben wir versucht, auf der Grundlage dieser historischen Periode ein Modell auszuarbeiten, das einen allgemeineren Gültigkeitsanspruch erhebt und das den Wertewandel beschreibt, von dem sowohl Erfolg als auch Akzeptanz des Kapitalismus abhängen.

Wir haben also die angeblich unaufhaltsame Entwicklung der letzten dreißig Jahre genauer unter die Lupe genommen. Dabei haben wir uns vor allem für die Probleme interessiert, mit denen die Vorstandsetagen in den Unternehmen zu kämpfen hatten, als sich die Kritik mit einer seit der Nachkriegszeit ungeahnten Virulenz zu Wort meldete. Wir haben uns auf ihre zögerlichen Versuche konzentriert, der Kritik zu begegnen oder sich den Schwierigkeiten zu entziehen, und auf die Rolle, die die Vorschläge und Analysen von Seiten der Kritik für die Lösungen spielten, die letztlich beschlossen bzw. umgesetzt wurden. Im Laufe dieser Arbeit zeigte sich auch, dass die, die doch eigentlich die Transformationsrisiken besonders wachsam hätten im Blick haben sollen, die Gelegenheiten zum Widerstand gegen bestimmte Mikroveränderungen ungenützt verstreichen ließen. Das lag vor allem daran, dass sie nicht erkannt haben, dass sie im Anschluss an die Vereinnahmung und Nutzung mancher ihrer Vorschläge durch den Kapitalismus eigentlich neue Analysen hätten vornehmen und ihrerseits neue Ansatzpunkte hätten suchen müssen.

So gesehen, war es uns nicht nur um eine Mehrung soziologischer Kenntnisse zu tun. Vielmehr ging es uns auch darum, Anstöße zu geben für das politische Handeln als Ausformung und Umsetzung eines kollektiven Willens der Lebensgestaltung. Auch wenn nicht zu jedem Zeitpunkt jede Handlung

möglich ist, so ist doch so lange nichts möglich, wie man das Besondere und die Legitimität des eigentlichen Bereichs des Handelns (Arendt 1967) – verstanden als eine von Werten geprägte Entscheidung in einer singulären und damit ungewissen Situation mit zum Teil nicht vorhersehbaren Folgen – vergisst und sich stattdessen zufrieden oder erschrocken, zuversichtlich oder bestürzt in das bequeme Schneckenhaus sozialer, ökonomischer oder auch biologischer Determinismen zurückzieht. Das ist auch der Grund, weshalb wir gar nicht erst versucht haben, unsere Überzeugungen und Voreingenommenheiten hinter einer szientistischen Fassade zu verbergen und zwischen »Tatsachenurteilen« und »Werturteilen« eine unüberwindliche, früher »epistemologisch« genannte Trennlinie zu ziehen. Wie sollte man sonst überhaupt – wie wir es bereits von Max Weber wissen – aus dem dichten Strom des Geschehens ohne einen wertbezogenen Standpunkt auswählen, was ausgewählt, untersucht und beschrieben zu werden verdient?